

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

2016 feiert unsere Stiftung ihren 15. Geburtstag. Das ist ein Grund zur Freude – für uns, für die Landesregierung, aber vor allem für die vielen Nichtregierungsorganisationen aus dem Umwelt- und Entwicklungsbereich, für die sich 2001 ein lange gehegter Wunsch erfüllte. Nachdem zuvor schon die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung und ähnliche Stiftungen in Niedersachsen und in Baden-Württemberg das bürgerliche Engagement mit Überschüssen aus Wetteinnahmen gefördert hatten, wurde dies nach einer Vereinbarung im rot-grünen Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2000 auch in NRW möglich.

Der Bedarf war offensichtlich sehr groß. Bereits in den ersten 15 Monaten der Stiftungstätigkeit wurden fast 260 Förderanträge gestellt. Mehr als 50 Prozent davon wurden bewilligt, mit einem Fördervolumen von insgesamt 9,5 Millionen Euro. Dass die Stiftung viele Anträge ablehnen musste, lag weniger an den Antragstellern als vielmehr daran, dass wir unsere Fördervoraussetzungen noch nicht präzise genug formuliert und kommuniziert hatten. Wir haben daraus gelernt – nur einer von vielen Lernprozessen – und uns – hoffentlich – gebessert.

Unsere Stiftung ist parteipolitisch unabhängig und als Stiftung bürgerlichen Rechts nicht an Weisungen der Landesregierung gebunden. Das ist gut und richtig, bedeutet aber keinesfalls, dass sie unpolitisch ist. Die Stiftung orientiert sich an Leitbildern wie der Agenda 21 oder aktuell der 2030-Agenda, also den Zielen für nachhaltige Entwicklung, und steht damit klar für eine Haltung der „Einmischung“, des Engagements für eine nachhaltigere und gerechtere Eine Welt.

Da ist es kaum zu vermeiden, dass es Menschen, Parteien, Interessengruppen oder auch Medienvertreter gibt, die uns kritisch gegenüberstehen. Das ist völlig in Ordnung, und es ist die Aufgabe einer im öffentlichen Raum agierenden Institution, sich dieser Kritik zu stellen, gute Argumente vorzutragen oder auch daraus zu lernen. Und wenn es einmal ganz hart kommt, wie im Jahr 2006, als unsere Stiftung über Monate hinweg angegriffen und als „Spielwiese der Grünen“ bezeichnet wurde, können wir auf breite Unterstützung setzen – durch Vertreter der geförderten Projekte, durch die Kirchen und durch Politiker aller Parteien wie den damaligen CDU-Landesminister Armin Laschet, der in der „FAZ“ auf die Bedeutung der Stiftung für die Internationalität unseres Bundeslandes verwies.

Die Krise hatte auch und vor allem einen finanziellen Hintergrund. Die Überschüsse aus der Oddset-Sportwette waren deutlich zurückgegangen und entsprechend sanken die Zuweisungen an die Stiftung drastisch. Das Team in der Geschäftsstelle wurde erheblich verkleinert, und trotzdem war abzusehen, dass wir noch nicht einmal unsere zuvor eingegangenen Förderverpflichtungen würden erfüllen können.

Die Rettung gelang vor allem durch den damaligen Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, den CDU-Politiker Karl Lamers, der sich bei der Landesregierung für eine ausreichende finanzielle Ausstattung einsetzte. Ein verändertes



Foto: Stephan Born

Finanzierungssystem hat uns nach mehreren „kargen“ Jahren die Planungssicherheit verschafft, um bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Umwelt und Entwicklung verlässlich zu fördern. Wie es damit nach den Landtagswahlen 2017 aussehen wird, hängt auch davon ab, welche Rolle unsere Zukunftsthemen im Wahlkampf spielen.

Die Stiftungsgeschichte ist eng mit Eberhard Neugebohrn verbunden. Er führt nicht nur die Geschäfte seit 2004, sondern steuerte die Stiftung auch durch eine schwere Krise. Früh hat er erkannt, dass die Stiftung ihre Position in der Öffentlichkeit und im politischen Raum stärken muss. Daraus zog er die Konsequenzen: Er brachte die Stiftung nach vorne durch öffentliche Auftritte, durch stiftungseigene Veranstaltungen, durch viele Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verbänden und durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. Dafür mag beispielhaft dieser Rundbrief stehen, der sich von einem kleinen Heft zur Darstellung ausgewählter Projekte zu einer Publikation entwickelt hat, die anspruchsvolle Beiträge zu aktuellen gesellschaftlichen Diskursen liefert.

Eberhard Neugebohrn hat sich als ein politischer Geschäftsführer verstanden, er hat sich eingemischt. Und er war immer mit Herzblut dabei, wie etwa beim Flüchtlingsthema, wo er vehement für eine menschliche Haltung gegenüber jenen eingetreten ist, die sich aus großer Not auf den gefährlichen Weg zu uns begeben.

Eberhard Neugebohrn wird die Stiftung im Herbst verlassen und den wohlverdienten (Un) Ruhestand antreten. Es ist kaum vorstellbar, dass er sich nicht auch künftig in gesellschaftliche Debatten einmischen wird. Wir danken ihm sehr herzlich für seine nicht immer leichte Arbeit und wünschen ihm alles erdenklich Gute!

Ihr Alfred Buß

Vorsitzender des Stiftungsvorstands



Foto: Cynthia Rühmkorf

Man war sich nicht immer zugeneigt, aber einigte sich doch auf die Gründung der Stiftung Umwelt und Entwicklung: Ministerpräsident Wolfgang Clement und NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn im Dezember 2001 bei der Eröffnungsfeier im Haus der Stiftung.